

Vermögen und Umweltverbrauch stärker besteuern, Arbeit entlasten

Konzeptwerk Neue Ökonomie

Deutschland belastet Arbeit stark mit Steuern und Abgaben. Die Ausbeutung der Natur wird hingegen nur schwach besteuert. Das gleiche gilt für private Vermögen und hohe Einkommen. Steuern auf Arbeit haben in Deutschland einen Anteil von 17 % an allen Steuern und Abgaben, zusätzlich tragen die Sozialversicherungsabgaben noch einen Anteil von 40 % bei. Dagegen trägt Umweltverbrauch nur mit 5 % und Kapital nur mit 12 % zum Steueraufkommen bei. Es könnte auch anders sein: In Dänemark liegen die Einnahmen durch Umweltsteuern bspw. bei 12 %.¹

Um sozial gerechter und naturverträglicher zu wirtschaften, muss das deutsche Steuersystem langfristig umgestaltet werden. Wir schlagen vor, dass Kapital und Umweltverbrauch stärker belastet, Arbeit dagegen weniger belastet werden sollte. Niedrigere Steuern auf Arbeit machen es für Unternehmen leichter, mehr Leute einzustellen und sind deshalb eine Voraussetzung für eine Arbeitszeitverkürzung. Höhere Steuern auf Ressourcen tun der Natur gut, denn sie schaffen Anreize, dass Unternehmen effizienter wirtschaften und die Menschen umweltschonender konsumieren. Durch höhere Steuern auf Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen würde endlich begonnen, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und es stünde Geld zur Verfügung, um die Staatsverschuldung abzubauen.

Dieser Umbau ist jedoch angesichts der aktuellen Steuerstruktur und der starken Lenkungswirkung der vorgeschlagenen Änderungen langfristig anzulegen und kann nur schwierig innerhalb weniger Jahre vollzogen werden. Hier sollen nun einige konkrete Maßnahmen vorgestellt werden, die kurzfristig umgesetzt werden können.

Umweltverbrauch stärker besteuern

Um die externen Kosten der wirtschaftlichen Tätigkeiten zu integrieren, muss der Umweltverbrauch mit Steuern und Abgaben belegt werden. Dies wurde in Deutschland mit der ökologischen Steuerreform begonnen. Sie sieht ansteigende Steuern für fossile Rohstoffe und Strom vor. Leider wurde der stufenweise Anstieg der Steuerbeträge seit 2003 nicht mehr fortgeführt, während die Preise für fossile Rohstoffe unter anderem wegen der Inflation weiter gestiegen sind. Der Anteil der Ökosteuern an den Preisen fossiler Rohstoffe und Strom nimmt daher permanent ab. Damit verliert die Ökosteuer ihre Lenkungswirkung. Wir fordern daher eine Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform, die sicherstellt, dass die externen Umweltkosten internalisiert werden. Möglichen finanziellen Belastungen für arme Haushalte, die relativ stärker von Steuererhöhungen betroffen sind, muss der Gesetzgeber entgegen wirken, ohne durch Pauschalregelungen sämtliche Sparanreize abzuschaffen. Mittelfristig bedarf es einer Koordination auf EU-Ebene, um ökologische Steuern trotz zwischenstaatlichem Wettbewerb zu ermöglichen, also einen race-to-the-bottom der Ökosteuern zu verhindern.

Umweltschädliche Subventionen abbauen

Umweltschädliche Subventionen finden sich in allen Sektoren der Wirtschaft. Insgesamt belaufen sich die umweltschädlichen Subventionen in Deutschland auf 48 Mrd. Euro pro Jahr.² Das entspricht etwa 8 % des gesamten deutschen Steueraufkommens. Ein Abbau dieser Subventionen führt also nicht nur dazu, dass umweltschädliches Wirtschaften verteuert wird, sondern setzt auch Gelder frei, die der Staat für eine sozial-ökologische Transformation nutzen kann. Dabei ist darauf zu achten, dass durch den Subventionsabbau keine sozialen Schief lagen entstehen.

Bei einigen Subventionen muss der Gesetzgeber dem aktiv entgegensteuern. Beim Abbau anderer Subventionen, beispielsweise im Flugverkehr, ist das nicht nötig.³ Schließlich bringt der Abbau mancher Subventionen sogar sozialen Nutzen mit sich. Das gilt bspw. für eine veränderte Besteuerung von Dienstwagen.⁴

Auszug aus:

Konzeptwerk Neue Ökonomie: "Wirtschaftswende - Mit einer sozial-ökologischen Transformation aus der Eurokrise . Hintergrundpapier zum Appell vom Mai 2013". Zum vollständigen Papier siehe <http://www.wirtschaftswende.de/hintergrundpapier/>.

Vermögenssteuer wieder einführen:

Wie oben dargestellt stehen den europäischen Staatsschulden ein Vielfaches an privaten Vermögen gegenüber. In Deutschland sind die Privatvermögen aktuell vier- bis fünfmal so hoch wie die Staatsschulden. Über die Hälfte dieses Vermögens liegt dabei bei den reichsten 10 %.⁵ Um die Krisen sozial und nachhaltig zu bewältigen, müssen die Schulden verstärkt über diesen privaten Reichtum bedient werden. Das wäre insbesondere möglich über eine Vermögenssteuer und/oder -abgabe und eine Kapitalertragssteuer (sprich eine Vermögenszuwachssteuer).

1 FÖS 2010: S. 22f.; FÖS 2013: S. 4f.

2 UBA 2010: S. 3

3 Flugzeuge sind noch immer das am stärksten sozial trennende Fortbewegungsmittel und ihre Nutzung stark vom Einkommen abhängig – 50 % der Deutschen sind noch nie geflogen, nur 5 % der Weltbevölkerung tun dies überhaupt. FÖS 2010

4 Die Veränderung der aktuellen Dienst- und Firmenwagenbesteuerung wäre nicht nur eine ökologisch sondern auch sozial sinnvoll Maßnahmen. Denn „Von der deutschen Firmenwagenbesteuerung profitieren diejenigen am meisten, die am weitesten fahren, den höchsten absoluten und relativen Privatanteil aufweisen, die teuersten und neuesten Fahrzeuge nutzen, den verschwenderischsten Fahrstil aufweisen und den höchsten Grenzsteuersatz bei der Einkommensteuer haben. Die aktuellen Regelungen fördern die Klimaschädlichkeit des Verkehrs und führen dazu, dass die Gemeinschaft der Steuerzahler das Privatvergnügen Einzelner mitfinanziert.“ (FÖS 2010)

5 BMAS 2013: S. XII